

Stellungnahme zur Forderung der Letzten Generation nach einem „Gesellschaftsrat“¹

10.02.2023

Steffen Krenzer, Kontakt: steffen.krenzer@mehr-demokratie.de

Die Letzte Generation betont zu Recht die Dringlichkeit von Klimaschutz und weist mit Bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse darauf hin, dass Deutschland im bisherigen Tempo beim Klimaschutz seinen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und damit des Pariser Klimaabkommens nicht leisten wird.²

Für einen wirksamen Klimaschutz braucht es einen grundlegenden Wandel unserer Gesellschaft, der das politische System ebenso wie alle Menschen vor immense Herausforderungen stellt.³ Um diese Aufgabe zu bewältigen, Spaltungen zu verhindern und die Demokratie zu stärken, braucht es auch neue Wege und Ideen in der politischen Praxis.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung und Nutzung innovativer Formate der politischen Entscheidungsfindung grundsätzlich zu begrüßen. Geloste Beteiligungsverfahren (Bürgerräte⁴) sind für alle politischen Ebenen eine Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger stärker in Klimaschutzpolitik einzubeziehen. In vielen Ländern und Kommunen weltweit wurde das Instrument in den vergangenen Jahren erprobt. In Deutschland wurde 2021 der Bürgerrat Klima aus der Zivilgesellschaft heraus initiiert.⁵ Zudem sind rund zwanzig kommunale Bürgerräte zu Klimaschutz-Themen bereits durchgeführt worden oder in Planung.⁶ Mit dem ersten, offiziell vom Bundestag beauftragten Bürgerrat im Jahr 2023 und Erwähnungen in mehreren Koalitionsverträgen auf Länderebene liegen Bürgerräte im Trend.

Bei der Konzeption zukünftiger Bürgerräte zu Klimaschutz-Themen ist es wichtig, die gewonnenen bisherigen Erfahrungen zu berücksichtigen.⁷ Wichtige Punkte aus unserer Sicht sind:

- Das Thema sollte nicht zu breit gewählt sein – dies überfordert die Teilnehmenden, z. B. wegen der Vielzahl notwendiger Experteninputs; für tiefgehende Diskussionen bleibt kaum Zeit und die große Anzahl an Empfehlungen erschwert die Umsetzung.

¹ <https://letztegeneration.de/forderungen>, Stand: 09.02.23

² S. hierzu unser [Themenpapier](#): Die Klimakrise und die Demokratie

³ S. auch das 2020 von Mehr Demokratie herausgegebene „[Handbuch Klimaschutz](#)“

⁴ [Wie funktioniert ein Bürgerrat?](#)

⁵ <https://buergerrat-klima.de/>

⁶ <https://www.buergerrat.de/buergerraete/lokale-buergerraete/>

⁷ S. auch die Publikationen des europäischen Netzwerks zu Klimabürgerräten [KNOCA](#)

- Bürgerräte sind Beratungs-, keine Entscheidungsgremien. Die Entscheidung über die Umsetzung der Maßnahmen verbleibt bei den politischen Entscheidungsträgern. Diese sollten die Empfehlungen aber ernst nehmen und aufgreifen. Bei einigen bisherigen Bürgerräten wurde trotz gegenteiliger Zusagen nur ein Bruchteil der Empfehlungen umgesetzt.
- Eine Anbindung an die Politik sollte bestehen und klar geregelt sein. Zivilgesellschaftlich getragene Verfahren laufen Gefahr, bei Entscheidungsträgern auf Desinteresse zu stoßen. Stattdessen sollte die Beauftragung des Bürgerrats durch die Politik erfolgen, wenn sie ein Interesse daran hat, was Bürgerinnen und Bürger zu einem Thema empfehlen. Von vornherein sollte transparent sein, wie mit den Empfehlungen umgegangen werden soll. Auftraggeber auf Bundesebene können der Bundestag oder je nach Fragestellung die Exekutive sein.
- Nicht immer haben Bürgerräte öffentliche Aufmerksamkeit gefunden, dies ist aber aus demokratischer Sicht wünschenswert, damit möglichst viele Menschen die dort stattfindenden Debatten und Lernprozesse nachvollziehen können. Bürgerräte können gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen mit einem Thema befördern. Entsprechend sollten sie durch intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.

Fazit: Bürgerräte können ein Beteiligungsinstrument sein, mit dem das Klima-Thema demokratisch bearbeitet wird. Das Klima-Thema ist aber so umfassend und komplex, dass ein einzelnes Verfahren – egal wie gut es gemacht ist – das Problem allein nicht lösen kann. Stattdessen braucht es kontinuierliche Beteiligung und demokratische Mitentscheidung in unterschiedlichen Formaten und auf allen politischen Ebenen.

Von der Letzten Generation wurde die Unverbindlichkeit bisheriger Bürgerräte kritisiert, die insbesondere in Hinblick auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes ein Problem darstellt. Aus unserer Sicht heißt die Lösung an dieser Stelle direkte Demokratie. Anders als Bürgerräte – ob verbindlich oder nicht – können Volksentscheide breite gesellschaftliche Legitimation für folgenschwere politische Entscheidungen herstellen. Perspektivisch könnten losbasierte Verfahren und direktdemokratische Abstimmungen auch kombiniert werden.⁸

⁸ S. unser [Diskussionspapier](#) zur Kombination von losbasierten Verfahren und direkter Demokratie auf Bundesebene